



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/v/229

2. Oktober 1950

## Hinweise auf den Inhalt:

Soll die französische Zone abgetrennt werden?	S.1
Kriegswucherer am Werk - Bericht aus London	S.3
Damals in Locarno - Zur 25. Wiederkehr der Locarno-Konferenz	S.4
Die gescheiterten "Friedens"-Eundgebungen	S.6
Remilitarisierung in Zahlen	S.6
Ostzonale Pressestimmen	S.7

### Soll die französische Zone abgetrennt werden?

-dt. Im Washingtoner Kommuniqué über die Errichtung einer kontinentalen Armee ist kein Zeitpunkt dafür genannt worden, wann Deutschlands "Beitrag am Aufbau der Verteidigung Westeuropas" einzusetzen habe. Die offiziellen Kommentare sprachen allgemein von einem Jahr und auch Außenminister Schuman hat noch vor wenigen Tagen erklärt, Deutschland könne auf keinen Fall in den nächsten zwölf Monaten bewaffnet werden, weil alle verfügbaren Waffen für die Alliierten benötigt würden.

Die deutsche Öffentlichkeit hatte sich also, sicherlich nicht ohne Erleichterung, darauf eingestellt, dass die Remilitarisierung für sie erst in etwa einem Jahr aktuell werden würde. Es scheint aber, als seien Schumans Worte mehr zur Beschwichtigung der französischen denn der deutschen Öffentlichkeit bestimmt gewesen. Die stets gut unterrichtete "Neue Zürcher Zeitung" berichtet aus New York, dass die Verteidigungsminister des Atlantikpakts Ende Oktober wieder in Washington zusammentreten werden und dass auf dringendes Verlangen des US-Kriegsministers Marshall zu diesem Termin bereits Vorschläge über Deutschlands Wiederbewaffnung auszuarbeiten seien. Sollte bis Ende Oktober sich Frankreich noch zu keinem "positiven Entscheid" durchgerungen haben, so heisst es in dem erwähnten Bericht weiter, spreche man sogar davon, "dass Amerika und Großbritannien in diesem Falle dann eben in ihren Besatzungszonen im Einvernehmen mit der deutschen Regierung mit der Rekrutierung gewisser Einheiten beginnen würden. Einen Plan dazu aus der Feder des Militärberaters Adenauers, Graf

Schwerin, solle den angelsächsischen Aussenministern schon vorliegen".

Soweit die "Neue Zürcher Zeitung". Der Bericht ist bisher von niemandem dementiert worden, auch von der Bundesregierung nicht. Die darin enthaltenen Vorgänge sind aber von solcher Bedeutung für Westdeutschland, dass Bonn nicht umhin können wird, dazu etwas zu sagen. Vor allem dazu, dass man sich damit einverstanden erklärt, in einer so einschneidenden Frage wie der der Wiederbewaffnung notfalls zweierlei Recht auf westdeutschem Boden aufzurichten. Käme es tatsächlich zu keinem "positiven Entscheid" Frankreichs und somit zu einer Remilitarisierung nur der englischen und amerikanischen Besatzungszone, dann könnte jeder Deutsche, der sich der "Rekrutierung gewisser Einheiten" nach dem Plan Schwerins entziehen wollte, Zuflucht in der französischen Besatzungszone suchen. Andererseits könnten die französischen Besatzungsbehörden jeden Angehörigen "gewisser Einheiten", der sich in die französische Zone verirrt, wegen Verstoss gegen ein Kontrollratsgesetz (Verbot des Waffentragens) einsperren, ähnlich wie es die Alliierten in Westberlin mit Volkspolizisten tun. Die Komplikationen, die sich aus dieser Situation ergeben, sind damit nicht erschöpft; sie sind so schwerwiegend, dass praktisch der Seidene Vorhang, der mit der Errichtung der Bundesrepublik hochgezogen wurde, wieder herniedergelassen würde. Etwas drastisch ausgedrückt: die Bundesrepublik würde nunmehr aus der englischen und amerikanischen Zone bestehen. Das wäre, wenn er schon bestünde, ein Thema für den Bundesverfassungsgerichtshof.

Aber ob der französische Entscheid "positiv" oder "negativ" ausfällt, ob der Seidene Vorhang hochgezogen bleibt oder wieder herniedergelassen wird - die Bundesregierung wird in jedem Fall weit früher als erst in einem Jahr vor der unangenehmen Tatsache stehen, ihren "Untertanen" das Waffentragen schmackhaft zu machen. Diese schwierige psychologische Vorbereitung hat man, negativ wie positiv, bisher der Presse und der Opposition überlassen. Ausser einigen, meist wieder dementierten Kanzler-Interviews und einigem unverständlichen Gemurmel regierungsparteilicher Abgeordneter hat man noch nichts davon vernommen, wie sich die Bundesregierung die weitere Entwicklung vorstellt.

Sicherlich weiss sie heute noch nicht, was man von ihr im einzelnen verlangen wird. Aber über die grundsätzliche Frage der Wiederbewaffnung in dieser oder jener Form hätte sie sich zumindest seit der Bekanntgabe des Washingtoner Kommuniqués klar sein und daraus entsprechende Konsequenzen in der Unterrichtung der Bevölkerung ziehen müssen. Will die Bundesregierung etwa die psychologische Vorbereitung sowie die Lieferung der Waffen auch den Alliierten überlassen? Die Erhöhung der Wehrbereitschaft kann ferner nicht nur aus Worten bestehen, die Bundesregierung wird weit mehr als bisher dafür sorgen müssen, dass Werte und Voraussetzungen geschaffen werden, deren Verteidigung der breiten Masse des Volkes lohnend erscheint. Auch in dieser Hinsicht gibt es noch keine Anzeichen, dass die Bundesregierung etwas zu unternehmen gedenke.

Die französische Regierung soll sich bis Ende Oktober entscheiden. Wir glauben, dass der Bundesregierung für ihre Entscheidung nicht einmal diese vier Wochen zur Verfügung stehen.

Kriegswucher blüht

RM London, Anfang Oktober

Zu den empörendsten Auswüchsen der liberalen Wirtschaftsordnung zählt der Kriegswucher. Während in Korea zehntausende Menschen verbluteten, ist in der ganzen Welt das internationale Heer der Kriegsverdiener in voller Fahrt. Gestützt auf die reichen Erfahrungen während des letzten Krieges stürzen sich diese Parasiten der Gesellschaft auf alle irgendwie greifbaren Rohwaren und kriegswichtigen Erzeugnisse, um sie mit Überpreisen an die rüstenden Staaten weiterzuverkaufen.

Ein bezeichnendes Beispiel berichtete dieser Tage der "Daily Telegraph" aus Südafrika, wo die Ansicht auf einen grossen Uniformbedarf die Wollspekulant alarmiert hat. Sie bestürmen die Schafzüchter mit Kaufangeboten. An der Börse in Kapstadt spielten sich die wüstesten Szenen zwischen den alteingeführten Wollhändlern und neu aufgetauchten Spekulanten ab. Obwohl die Farmer vor den Kriegswucherern gewarnt worden sind, kletterte die Notierung für Kammwolle auf 152,5 Pence, während in der Vorjahrssaison ein Höchstpreis von 87,75 Pence bezahlt worden war. Ein ganz ähnliches Bild bietet Australien, wo sich die Spekulanten aus aller Welt um die Wolle schiagen und die Verkäufer schon jetzt phantastische Übergewinne scheffeln. Die Aufkäufer aus den europäischen Ländern konkurrieren mit Spekulanten aus Russland, Japan und Indien, während die Amerikaner noch warten, da sie hoffen, durch offizielle Verhandlungen mit Australien den Preistreibern ein Ende setzen zu können. Bisher ist dies nicht geglückt. Bei den Wollenotierungen in Großbritannien sind die Preise seit Juli um 60 bis 70 Prozent angestiegen. Die Vereinigten Staaten haben aus Rüstungsgründen die Ausfuhr von Baumwolle verboten. Die unmittelbare Folge war ein sofortiges weiteres Ansteigen der Baumwollpreise in Pakistan und Aegypten. Indische Baumwolle kostet nun nahezu doppelt soviel wie im Juli 1949.

Ähnlich liegen die Dinge bei den Metallen. Die Bleinotierungen in England haben die Rekordhöhe von 128 Pfund Sterling pro Tonne erreicht, vor einem Jahre kostete eine Tonne Blei in England noch 87,25 Pfund Sterling.

Ein ziemlich verlässliches Gesamtbild über die reiche Beute der Kriegsgewinnler gibt Moody's Staple Commodity Index, welcher die Großhandelspreise der wichtigsten internationalen Stapelwaren verfolgt. Seit Beginn des Koreakrieges ist dieser Index von ungefähr 400 Einheiten auf mehr als 470 gestiegen (1931 = 100), d. s. nahezu 20 Prozent. In diesem

Prozentsatz kommen jedoch nicht die grossen Unterschiede in der Preisentwicklung der verschiedenen Waren zum Ausdruck, von denen einige unter normalen Verhältnissen starke Preissenkungen erlebt haben, nun aber infolge der Kriegskonjunktur im wesentlichen unverändert geblieben sind, z.B. die Weizenpreise, während andere in der kurzen Zeit des Koreakrieges bereits um mehr als 50 Prozent angestiegen sind. Neben Wolle werden da vor allem Gummi und Zinn genannt, die Gummipreise haben sich in London seit Juli verdoppelt, die Zinnpreise um ein Drittel erhöht.

Die Börsenjobber zeigen ausserdem an den Aktienmärkten der ganzen Welt ein steigendes Interesse an Sachwerten, um einer eventuellen neuerlichen Geldentwertung zuvorzukommen. Sie bevorzugen dabei eindeutig Rüstungswerte, um ausser der Sachwert-Sicherung einen Anteil an den Übergewinnen der Rüstungskonjunktur zu ergattern. Unter dem Eindruck der alliierten Siege haben an den amerikanischen Börsen die Gewinnrealisierungen begonnen, aber in London steigen die Kurse unentwegt weiter an.

Auf diese Weise vollzieht sich in aller Öffentlichkeit ein Volksbetrug allergrössten Ausmaßes, denn alle diese Riesengewinne werden ohne die mindeste wirtschaftliche Leistung erzielt und müssen von den schaffenden Menschen aller Völker in Form eines erhöhten Staatsaufwandes für Rüstungszwecke und allgemeiner Preisanstiege bezahlt werden.

-----

Vor 25 Jahren, vom 5. - 12. Oktober 1925, fand die Konferenz von Locarno statt. Dem heutigen Beitrag, einer persönlichen Erinnerung, folgt eine politische Würdigung. D.Red.

D a m a l s i n L o c a r n o

Eine Erinnerung

O.F.H. Ein kleines Städtchen am Gestade des Lago Maggiore, ruhig, friedlich, in herbstlicher Sonne, etwas abseits von den grossen Reisezentren der Südschweiz gelegen, kaum beachtet vom grossen Strom der Glöbetrotter - so zeigte sich Locarno vor Beginn der Konferenz am 5. Oktober 1925. Von diesem Tage an war es berühmt. Damals - nach der misslungenen Konferenz von Genua - traute man der Sache nicht recht. Manche Zeitungen wiesen auch auf die angebliche technische Unmöglichkeit hin, eine solche Konferenz in einem abgelegenen unscheinbaren Nest abzuhalten. Stresemann, Sir Austen Chamberlain und Aristide Briand fuhren aber doch

hin. Telefonkabel wurden in aller Eile gelegt, der Bürgermeister von Locarno, Signore Rusca, gab sich alle Mühe, sein plötzlich in den Blickpunkt der Welt gerücktes Städtchen mit allen technischen Voraussetzungen zu bedenken, die nun einmal zu einem internationalen Treffen gehören.

Dann begann es. Briand wohnte im Grand Hotel, die Deutschen am Ufer, drunten in Minusio, und jeden Tag fuhren oder liefen die Herren Diplomaten ins Gerichtsgebäude in der Via delle palme, die später in Via della pace umgetauft wurde, wo die Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und der CSR tagten. Nach einigen Tagen kam auch Mussolini dazu und nahm an dem grossen Tisch im Hauptsaal Platz. Eine Zeitlang schien es, als stünde die friedliche Schönheit des Tessin völlig beziehungslos neben den Verhandelnden: es wurde hart gerechdet und gerechnet, man sprach bereits von einem zweiten Gemä, die Aussichten auf eine Einigung sanken. Aber noch waren die beiden massgebenden Kontrahenten, Stresemann und Briand, zusammen. Der Aussenminister Frankreichs lud seinen deutschen Kollegen schliesslich kurz vor dem Ende der Konferenz zu einer Bootsfahrt nach Ascona ein. Auf dieser Fahrt nun wurden die letzten Hindernisse zum besseren Ergebnis der Konferenz besprochen und - beseitigt, im persönlichen Gespräch von Mann zu Mann: Locarno nahm einen guten Ausgang.

Als das Ergebnis der Konferenz bekannt wurde und die Welt aufatmete, läuteten die Glocken des Klosters Madonna del Sasso droben in Orselina und abends erstrahlte die berühmte Kirche im Glanze tausender Lichter, die sich im dunklen See spiegelten. Jeder Anwesende freute sich, Zeuge dieses wichtigsten Schrittes zum Frieden Europas gewesen zu sein und diese Freude teilte sich auch dem lebendigen Tessiner Völkchen mit.

Stresemann, damals noch gesund, frisch und noch nicht seinem schweren Leiden ausgeliefert, trank nach anstrengender Konferenzarbeit seinen Stammschoppen gewöhnlich in der "Confiserie Scheurer" am Markt, im schattigen Laubengang, immer begleitet von seinem unermüdlichen Sekretär, Konsul Bernhard, freundlich begrüsst von Bekannten und Fremden, nur nicht von einer neidischen, feindlichen Presse im Heimatlande selbst, die den Erfolg von Locarno herabzumindern und zu verfälschen suchte.

Stresemann und Briand, die beiden grossen Europäer, sind längst tot. Sie wurden in Locarno Freunde, und Briand suchte wenige Jahre später das Grab Stresemanns auf und stand dort sinnend eine lange Weile allein. Auch das gibt es in der Politik, und gäbe es solche Zeichen öfter, wäre die Friedenstaube, die damals in Locarno aufflog, nicht so bald wieder niedergegangen, verschüchtert, verängstigt durch das nationalisistische Gebrüll in einem, wie es schien, fast unbelehrbaren Europa.

Fleite der "Blitz-Kundgebungen"

sp. Eine zweite schwere Niederlage der Kommunisten nach dem Berliner Pfingsttreffen nannte Fritz Heine vom Vorstand der SPD Verlauf und Ausgang der verschiedenen sogenannten Blitz-Kundgebungen der FDJ in Westdeutschland am 1. Oktober. "Wir wissen", erklärte Heine, "dass diese Veranstaltungen in ihrer Gesamtheit nur ein Glied in der Kette eines grossen kommunistischen Generalstabsplanes und dass sie mit grössten Mitteln von langer Hand vorbereitet waren. Umso kümmerlicher ist das Ergebnis. Dieser Plan hat sich in das Gegenteil seiner ursprünglichen Absicht verkehrt: er hat einen Widerstandswillen gegen den Kommunismus hervorgerufen, der vorher in dieser Stärke nicht vorhanden war. Die Bevölkerung hat sich weder einschüchtern noch provozieren lassen. Mit hochgegriffen 5.000 Menschen haben sich nur zwischen 5 und 10 Prozent selbst der kommunistischen Aktivisten beteiligt, der Zahl nach insgesamt noch nicht ein Viertel derer, die allein in Berlin der Schumacher-Kundgebung beiwohnten. Dieser grosse Erfolg in der Abwehr der kommunistischen Herausforderung darf aber bei aller Genugtuung darüber nicht dazu verleiten, die Gefahr von dieser Seite zu unterschätzen und aus den Augen zu lassen.

- - - - -  
K o n s e q u e n z e n

RAP. Der Wochenbericht Nr.39 des "Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" in Berlin brachte eine Übersicht über die Entwicklung des Sozialprodukts im Bundesgebiet. Wir erfahren dort, dass vom Anteil des Staatsbedarfs im Jahre 1936 etwa 45 Prozent auf militärische Ausgaben entfielen, während 1949 die Anforderungen der Besatzungsmächte sich auf etwa 40 Prozent des Staatsbedarfs am Sozialprodukt beliefen. Die Anforderungen der Besatzungsmächte sind also in den Relativzahlen nur um ein wenig geringer als der Militäraufwand von 1936.

Die Verhältniszahlen liefern einen gewichtigen Beitrag zu der Diskussion um die Remilitarisierung Westdeutschlands. Es ist ohne weiteres deutlich, dass wir nicht zugleich die Kosten der Besatzung und die einer Remilitarisierung tragen können, ohne auf den Lebensstandard der Länder östlich des Eisernen Vorhangs abzusinken. Fielen aber die Besatzungskosten infolge Abzugs der Besatzungstruppen fort, so wäre vorher eine hektische Periode der Aufrüstung erforderlich, die mit dem gegenwärtigen Produktionsapparat gar nicht erreichbar wäre. Das bedeutet,

dass im Vorbereitungsstadium der Leistung eines eventuell notwendig werdenden deutschen Rüstungsbeitrages zunächst ein grosser Investitionsaufwand nötig wäre, damit überhaupt erst einmal die industriellen Voraussetzungen einer modernen Ausrüstung geschaffen werden können. In diesem Vorbereitungsstadium müssten jedoch die westlichen Besatzungstruppen aus Gründen der Sicherheit im Lande bleiben, so dass wahrscheinlich auch der Aufwand für diese bestehen bliebe.

Die Frage des deutschen Beitrages soll uns gewiss kein Rechenexperiment sein, aber sie hängt offenbar von einem Rechenexperiment ab. Die Durchführung der Probe auf's Exempel würde uns sozial weit mehr schwächen als sie uns militärisch stärken könnte. Jenseits allen Willens und Wünschens, Befahrens oder Verneinens steht das einfache Faktum, dass die kurzsichtige Politik der Demontagen und Reparationen wesentlich dazu beigetragen hat, die Wiederbewaffnung Deutschlands für absehbare Zeit unmöglich zu machen. Daraus ergeben sich für beide Seiten Konsequenzen.

#### Schaufenster, Kirnes und 15. Oktober

In der Chemnitzer "Volksstimme" vom 14.9.1950 lesen wir folgende bezeichnenden Stoßseufzer:

"An Betrieben, Verwaltungsgebäuden und sonstigen öffentlichen Einrichtungen sind fast überall mehr oder weniger gute Plakate angebracht, die auf die entscheidende Bedeutung der kommenden Wahl hinweisen. Darüber hinaus schmücken Hausbewohner ihre Heimstätten, um ihrem Willen Ausdruck zu geben, für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu stimmen. Bei all diesen Beobachtungen ist mir und vielleicht auch vielen anderen aufgefallen, dass der Einzelhandel und das Handwerk in Chemnitz eine Ausnahme bilden. Wohl einige tausend Vertreter bestimmen mit ihren Schaufenstern in entscheidender Weise das Strassenbild. Doch fast nirgends sieht man hier einen Hinweis auf die Oktoberwahlen. Man bekommt den Eindruck, als ginge diesen Menschenkreis der Ausgang der Wahl nichts an. Ich möchte aber diese Einzelhändler und Handwerker fragen: "Haben Sie so wenig Interesse an der Erhaltung des Friedens, am Bestand Ihres Geschäftes, ist es Ihnen egal, welchen Weg Ihre Kinder einmal gehen werden?" Ich möchte ihnen allen zurufen: Wollt ihr weiter zuvorkommend und beratend für eure Kunden tätig sein und wollt ihr, dass unsere stetige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, wovon auch ihr grosse Vorteile habt, nicht gehemmt wird, dann schaltet euch mit ein in die Wahlpropaganda für unsere Friedenswahlen am 15. Oktober!"

Recht patzig hat sich auch ein Bürgermeister benommen, dem wir nur wünschen, dass ihm das nicht schlecht bekommen möge. Es wird berichtet:

"In Grossschwabhausen hat man an einer gut sichtbaren Stelle eine Dorf- wandzeitung angebracht, um der Bevölkerung die wichtigsten Ereignisse bekannt zu machen. In dieser Wandzeitung ist nicht ein Hinweis auf das bedeutsamste Ereignis: die Volkswahlen am 15. Oktober. Wie es mit der Vorbereitung der Wahlen in Ramsla aussieht, das geht am besten aus der Ausserung des Bürgermeisters hervor, die er gegenüber dem Instrukteur der Nationalen Front getan hat. Auf die Frage des Instrukteurs, wie in der Gemeinde der Aufklärungstag am 17. September vorbereitet worden sei, antwortete der Bürgermeister: "An diesem Tag wird bei uns überhaupt nicht aufgeklärt, denn da feiern wir Kirnes. Wenn Sie aber genügend Geld mitbringen, und der Jugend einen ausgeben, wird sie gern bereit sein, sich einiges über die Ziele der Nationalen Front sagen zu lassen".